



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise*

---

16.4.2010

## **ARBEITSDOKUMENT Nr. 6**

über die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen für die  
Wirtschaft und Industrie der Europäischen Union

Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise

Beitrag von Bas Eickhout  
für das Thema mitverantwortlich

Berichterstatterin: Pervenche Berès

DT\813234DE.doc

PE440.205v01-00

**DE**

*In Vielfalt geeint*

**DE**

„Die Finanzkrise von heute kann der Ausgangspunkt einer ökologisch verantwortlichen Wirtschaft von morgen sein.“

Al Gore,  
ehemaliger Vizepräsident der USA

## 1. Einleitung

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat gravierende Auswirkungen. Millionen von Menschen haben durch sie ihren Arbeitsplatz verloren, und das Vertrauen in den Finanzsektor ist erschüttert worden. Dies führte zu einer Kreditklemme, unter der die Unternehmen zu leiden haben, und viele Firmen mussten Konkurs anmelden.

Gemäß der Strategie EU 2020<sup>1</sup> hat die „starke Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen (...) und eine ineffiziente Verwendung von Rohstoffen (...) dazu geführt, dass unsere Verbraucher und Unternehmen schmerzhaften und kostenträchtigen Preisschocks ausgesetzt sind, die unsere wirtschaftliche Sicherheit bedrohen und zum Klimawandel beitragen“. So gesehen, bietet die derzeitige Krise die Gelegenheit, einen grundlegenden Wandel hin zu einer ressourcenschonenden und langfristig nachhaltigen Volkswirtschaft mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu vollziehen. Dies wird durch die Prognose gestützt, dass sich der Markt für grüne Technologien bis zum Jahr 2030 verdreifacht haben wird und dadurch bis 2050 weltweit bis zu 25 Millionen neue „grüne“ Arbeitsplätze<sup>2</sup> geschaffen werden könnten, sofern die entsprechenden politischen Maßnahmen ergriffen werden.

## 2. Hinwendung zu einer nachhaltigen Volkswirtschaft

Laut einer Studie der Deutsche Bank Climate Change Advisors<sup>3</sup> wird das Umsatteln auf neue Energieträger jenen Unternehmen riesige Erfolge bescheren, die in saubere Energietechnologien investieren. Bereits jetzt entwickeln sich die Branchen, die sich mit dem Klimawandel beschäftigen, besser als die übrigen Marktsektoren, seit im März 2009 die konjunkturelle Talsohle erreicht worden ist. Dies trifft insbesondere auf Unternehmen zu, die an energieeffizienten Lösungen arbeiten; ihre Erträge sind um mehr als 125 % gestiegen.

Investoren werden sich bemühen, von dieser Energiewende zu profitieren, aber sie werden bei ihrer Wahl auch auf Transparenz, Langlebigkeit und Planungssicherheit achten. Deshalb ist eine verlässliche Klima- und Ressourcenpolitik vonnöten, um die Risiken zu mindern, die von einem unsicheren und unentschlossenen Europa ausgehen.

### *Das Europäische Emissionshandelsystem (EU-EHS)*

Zwar hat man damit begonnen, die notwendigen politischen Maßnahmen zu ergreifen, aber sie reichen bislang nicht aus. So ist zum Beispiel für CO<sub>2</sub>-Emissionen bestimmter Sektoren wie der Energie-, Stahl- und Zementbranche gemäß dem EU-EHS ein Preis festgesetzt worden, aber das EU-EHS stellt bislang noch keinen stabilen, transparenten und verlässlichen

---

<sup>1</sup> Mitteilung der Kommission vom 3. März 2010, „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, (KOM(2010)2020).

<sup>2</sup> Stellungnahme des britischen Premierministers Gordon Brown.

<sup>3</sup> „Investing in Climate Change 2010: A Strategic Asset Allocation Perspective“, Januar 2010.

Rahmen zur Verringerung des Verbrauchs fossiler Energieträger dar.

Wie der britische Ausschuss für Umweltverträglichkeitsprüfungen<sup>1</sup> kürzlich festgestellt hat, wurden die Emissionsobergrenzen zu hoch angesetzt, sodass der CO<sub>2</sub>-Preis zu niedrig ist, um Anreize für die notwendigen Investitionen in Prozesse mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu schaffen. Für 2020 ist ein Preis von 20 bis 40 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> zu erwarten, er müsste aber etwa 100 Euro betragen, um zu einer Volkswirtschaft mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu gelangen.

Ein grundlegendes Problem des gegenwärtigen EU-EHS ist der „Überhang“ an überschüssigen Emissionszertifikaten aus Phase II, die in Phase III übernommen werden können. Dies unterläuft nicht nur die Wirkungsweise des Systems, sondern führt auch dazu, dass Unternehmen unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen mit Phase III beginnen. Deshalb sollten die EU-EHS-Obergrenzen sehr viel restriktiver gehandhabt werden, indem man zum Beispiel den Zugang zu CDM-Zulassungen im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung begrenzt, eine ehrgeizigere Zielvorgabe festlegt und die Reserven für neue Marktteilnehmer<sup>2</sup> abschafft.

Alle Emissionsrechte müssen versteigert werden, da die kostenlose Zuteilung die Anreize für Unternehmen zur Senkung ihrer Emissionen verringert. Am besten wäre es, wenn sich alle Länder auf ein rechtsverbindliches Abkommen zur wirksamen Reduzierung von Emissionen einigen würden. Würden alle Länder einen Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen festsetzen, gäbe es keine Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen in Länder mit weniger strengen Emissionsauflagen. Da dies derzeit noch Zukunftsmusik ist, werden in Phase III des EU-EHS viele Industriesektoren von der Versteigerung ausgenommen, da ansonsten „das Risiko einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen“ bestünde. In etwa 75 % aller Industriezweige können Emissionsrechte frei zugeteilt werden, obwohl nach Erkenntnissen einer kürzlich erschienen Studie<sup>3</sup> lediglich 2 % aller Emissionen im Falle einer vollständigen Versteigerung aller Emissionsrechte ins Ausland verlagert würden.

Dadurch sollte sich jede Maßnahme, die sich gegen eine Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen richtet, ausschließlich auf die vorliegende Art der Verlagerung (investiv oder operativ<sup>4</sup>) und den betroffenen Sektor beziehen und darauf abgestimmt sein. Die freie Zuteilung als Hauptmaßnahme gegen die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen ist mit gravierenden Nachteilen verbunden. Die Hauptlast haben dabei andere Sektoren zu tragen, da sich dadurch der Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen, den die übrige Industrie zu zahlen hat, um bis zu 30 % erhöht<sup>5</sup>. Gleichzeitig können die betroffenen Sektoren ihre Gewinne erhöhen, indem sie ihre Kosten für CO<sub>2</sub>-Emissionen in voller Höhe auf Gutschriften umlegen, die ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt wurden.

Daher schlagen wir vor, an Stelle der freien Zuteilung eine wirkungsvollere Kombination aus Versteigerung und einer Form von Kostenangleichung auf internationaler Ebene treten zu lassen. Mit dieser Angleichung an das EU-Kostenniveau soll erreicht werden, dass

---

<sup>1</sup> „The role of carbon markets in preventing dangerous climate change“, Januar 2010.

<sup>2</sup> Die Mitgliedstaaten dürfen jeweils einen Vorrat an überschüssigen Freibeträgen für den Neu- bzw. Ausbau heimischer Industrieanlagen anlegen. Nicht in Anspruch genommene Kontingente stillgelegter Industrieanlagen werden in diesem Topf aufgenommen.

<sup>3</sup> Carbon Trust & Climate Strategies, „Tackling carbon leakage: Sector-specific solutions for a world of unequal carbon prices“, März 2010.

<sup>4</sup> Eine investive Verlagerung bedeutet eine Standortverlegung außerhalb der EU, während eine operative Verlagerung eine Verringerung der Produktion zugunsten von Einfuhren beinhaltet.

<sup>5</sup> Carbon Trust & Climate Strategies, *idem*, S. 2.

Produzenten außerhalb der EU ähnliche Kosten für CO<sub>2</sub>-Emissionen zu tragen haben, so zum Beispiel, indem man sie verpflichtet, CDM-Gutschriften zu erwerben. Mit diesen CDM-Gutschriften werden dann Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern finanziert.

Die Einführung eines Mindestpreises für CO<sub>2</sub>-Emissionen in Form eines Mindestgebots bei einer Versteigerung würde Preisschwankungen reduzieren und so das Risiko der Investition in Projekte zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen vermindern. Diesen Ansatz unterstützt auch der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der unlängst erklärt hat, dass die Finanzkrise gezeigt habe, wie gefährlich es ist, auf einen CO<sub>2</sub>-Emissionshandel ohne solch einen Mindestpreis zu setzen.

### *Energieeffizienz*

Eines der größten Wachstumspotenziale birgt die Energieeffizienz. Dadurch werden nicht nur der Energieverbrauch und die Kosten gesenkt, sondern auch die Energiesicherheit erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gestärkt sowie andere Nutzen für die Gesellschaft wie niedrigere Treibhausgasemissionen geschaffen.

Laut einer Studie von McKinsey<sup>1</sup> könnten durch Energieeffizienz die Treibhausgasemissionen bezogen auf Emissionen ohne Energieeffizienzmaßnahmen im Jahr 2030 weltweit jährlich um 30 % gesenkt werden, wovon 50 % negative Kosten<sup>2</sup> sind. Leider führen einige Marktmängel wie die Funktionsstörungen der Finanzmärkte dazu, dass die sich bietenden Chancen mit ihrem wirtschaftlichen Nettonutzen nicht in vollem Maße erkannt werden. Da es derzeit recht schwer ist, sich auf den Kapitalmärkten Finanzmittel zu beschaffen, werden Investoren Gelegenheiten mit einem geringen Kapitalaufwand solchen vorziehen, die zwar kosteneffizienter aber mit hohen Anfangskosten verbunden sind. Ein EU-Energiesparfonds in Verbindung mit einem verpflichtenden Energieeinsparungsziel könnte Maßnahmen zu erhöhter Energieeffizienz befördern.

### *Ein anderes Steuersystem*

Die gegenwärtige globale Finanzkrise hat Kosten und Verluste in Milliardenhöhe verursacht. In dieser schwierigen Zeit ist es unbedingt notwendig, die Beschäftigungszahl zu erhöhen und den Faktor Arbeit attraktiver zu gestalten. Daher muss man davon wegkommen, die Arbeit zu besteuern, und stattdessen die Umweltverschmutzung und das Kapital besteuern. Ein einheitliches System der Besteuerung von Fahrzeugen auf der Grundlage ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen gehört zu den Forderungen der Kommission und des Parlaments. Laut der Folgenabschätzung der Kommission<sup>3</sup> werden sich CO<sub>2</sub>-Steuern für die nicht vom EHS erfassten Sektoren (Bau, Verkehr u. a.) positiv auf das Gemeinwohl und die Kosteneffizienz auswirken.

Darüber hinaus könnte eine Steuer auf Finanztransaktionen den Schwankungen der Kapitalmärkte und dem spekulativem Handel entgegenwirken, sozial schädliche Transaktionen eindämmen und zu einer Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen. Zusammen mit einem entsprechenden Aufsichtsrahmen könnte dies einem Finanzsystem mit einer stärkeren langfristigen Orientierung den Weg ebnen.

---

<sup>1</sup> McKinsey & Company, „Pathways to a Low-Carbon Economy“, 2009.

<sup>2</sup> Energieeinsparungen gleichen die vorab getätigten Investitionskosten aus.

<sup>3</sup> SEK(2008)0085, Teil II, S. 51.

### 3. Vision einer Wirtschaft der Zukunft

Eine zukünftige nachhaltige Volkswirtschaft darf sich nicht allein auf das Wirtschaftswachstum versteifen, da das BIP kein Maßstab für Wohlergehen und Nachhaltigkeit ist. Der verengte Blick auf das BIP hat kurzfristige Gewinne und die Plünderung der natürlichen Ressourcen zur Folge, wovon fast nur die reichsten 10 % der Gesellschaft eines Staates profitiert haben.

Die Wandlung von einer Volkswirtschaft, die von fossilen Brennstoffen angetrieben wird, zu einer mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß eröffnet ungeahnte Möglichkeiten für die Unternehmen und die Industrie. Es bedarf einer klaren, verlässlichen und berechenbaren Klimaschutzpolitik, damit die EU diese Wende an vorderster Front mitvollzieht. Unter der Voraussetzung, dass angemessene wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, kann man von einem positiven Effekt für den Arbeitsmarkt ausgehen<sup>1</sup>. In der EU können in den kommenden zehn Jahren sieben mal so viele grüne Arbeitsplätze geschaffen werden, als in den Sektoren Kohle- und Atomenergie bei einer wirtschafts- und energiepolitischen Neuorientierung verloren gehen würden<sup>2</sup>. Dies rührt daher, dass grüne Branchen wie Gebäudeisolierung oder erneuerbare Energien arbeitsintensiver sind als die Industrien, die sie ersetzen, wie die Öl-, Erdgas- und Atomindustrie.

Am meisten bekam die Folgen der Krise die Automobilindustrie zu spüren; so sank etwa die Automobilproduktion in Europa im ersten Halbjahr 2009 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um über 25 %. Die PKW-Nachfrage – insbesondere bei großen Limousinen mit hohem Kraftstoffverbrauch – ging auf einen historischen Tiefststand zurück. Dieser industrielle Sektor, der derzeit auf Produktionsverfahren der Schwerindustrie angewiesen ist, wird sich auf steigende Ölpreise und eine wachsende Nachfrage nach Hybridfahrzeugen einstellen müssen. Die Automobilindustrie kommt nicht umhin, sich grundlegend zu wandeln, denn so wie bisher kann sie nach der Krise nicht mehr weitermachen. Die Übergangsphase wird für die Beschäftigten in dieser Branche trotz notwendiger Umschulungsprogramme nicht einfach sein, aber die Alternative wäre, an einem antiquierten Sektor festzuhalten, der auf zur Neige gehende und teure fossile Brennstoffe aus Drittstaaten angewiesen ist.

Die Notwendigkeit eines Wandels gilt auch für die Stahlindustrie – ebenfalls ein Sektor, der ohne Innovationen nicht zukunftsfähig ist. Dieser Sektor benötigt Eisenerz und fossile Brennstoffe, beides Ressourcen, die nicht unbegrenzt vorhanden sind. Die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrie wird davon abhängen, ob sie fähig sein wird, in geringerem Maße auf die höchst instabilen Märkte für begrenzte natürliche Ressourcen angewiesen zu sein. Hohe Wiederverwertungsraten und der Einsatz erneuerbarer Energien sind unabdingbar, will die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit im Stahlsektor bewahren.

Global betrachtet werden jene Unternehmen als Gewinner aus der Krise hervortreten, die in der Lage sein werden, vom wachsenden Bedarf nach grünen und dauerhaften Produkten und Dienstleistungen zu profitieren. Preisausschläge beim Erdöl und Knappheiten bei bestimmten Rohstoffen werden solchen Unternehmen nichts anhaben können, da sie es verstanden haben, ihre Abhängigkeit von Importen für ihre Produktion durch Effizienzsteigerung und Recycling zu verringern.

Gleichzeitig wird es zu einer Verschiebung von Arbeitsplätzen in großem Maßstab vor allem

---

<sup>1</sup> European Trade Union Confederation, „Climate Change and employment“, Februar 2007.

<sup>2</sup> European Renewable Energy Council and Greenpeace „Working for the climate: renewable energy & green job [r]evolution“, August 2009.

innerhalb von Sektoren kommen. In Unternehmen, die die sich ihnen durch die Klimaschutzpolitik bietenden Chancen zu ihrem Vorteil zu nutzen wissen, werden neue Arbeitsplätze entstehen, während sie in Unternehmen, die sich nicht anzupassen vermögen, verschwinden werden. Für diese Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt sollte man gerüstet sein und angemessen darauf reagieren, um die Beschäftigten nicht zu verunsichern und sie in die Lage zu versetzen, ihre Fertigkeiten an die strukturellen Veränderungen anzupassen.

Um einen erfolgreichen und sozial gerechten Wandel auf dem Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen, muss das Hauptaugenmerk der Arbeitsmarktpolitik auf dem lebenslangen Lernen, dem Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle und auf sozialer Absicherung auf hohem Niveau in der Übergangsphase von der Ausbildung zur Anstellung und während eines Arbeitsplatzwechsels liegen. Weder aus wirtschaftlicher noch aus sozialer Sicht können wir es uns leisten, dass Menschen bei diesem Wandlungsprozess auf der Strecke bleiben. Es muss daher dafür gesorgt werden, dass jeder Arbeitgeber in die Lage versetzt wird, an dieser neuen grünen Volkswirtschaft teilzuhaben.

#### **4. Die effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen**

Die Krise hat grundlegende Schwächen unserer Wirtschaft zutage gefördert. Folglich kann ein künftiges Wirtschaftswachstum nur dann sichergestellt werden, wenn wir unsere Volkswirtschaft dazu bringen, Ressourcen effizienter zu nutzen. Die Verringerung der Abhängigkeit von nicht-erneuerbaren Ressourcen beinhaltet mehr als lediglich eine „Entziehungskur gegen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen“; sie bedeutet außerdem eine maßvollere Nutzung von natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Metallen.

So ist zum Beispiel der Anteil der Materialkosten an den gesamten Aufwendungen zur Herstellung eines Endprodukts verglichen mit den Arbeitskosten recht gering<sup>1</sup>, sodass die Anreize für Unternehmen, den Einsatz natürlicher Ressourcen zu verringern, ebenfalls eher gering ausfallen. Der Anstieg der Weltbevölkerung und die zunehmende Industrialisierung führen indes zu verstärktem Wettbewerb um Rohstoffe. In der EU gibt es nur wenig Vorkommen an natürlichen Ressourcen wie seltenen Metalle. Angesichts knapper Ressourcen, die aus politisch instabilen Regionen importiert werden müssen, kann die EU ihren Wettbewerbsvorteil nur dann wahren, wenn sie natürliche Ressourcen effizienter einsetzt, so zum Beispiel mittels Wiederverwertung und einer innovativen Produktentwicklung, die auf dem Kreislaufprinzip „von der Wiege bis zur Wiege“ beruht.

Auch muss man dafür Sorge tragen, dass die schutzbedürftigsten Menschen nicht unverhältnismäßig unter künftigen Ressourcenknappheiten und dem damit verbundenen Preisanstieg bei Lebensmitteln und Energie zu leiden haben. Energiearmut kann zu einem gewissen Grad durch eine bessere Isolierung der Wohnungen und andere Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz angegangen werden. Dies dürfte aber nicht ausreichen. Die Volkswirtschaft der Zukunft muss langfristig gesehen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein, nicht nur, was die Umwelt, aber auch was den sozialen Bereich angeht.

Es bedarf einer überarbeiteten EU-Strategie, damit die Verfügbarkeit der unbedingt notwendigen natürlichen Ressourcen für die Industrie der EU auch künftig gewährleistet ist. Solch eine Strategie muss sich insbesondere mit der Ressourceneffizienz und der Wiederverwertung beschäftigen und höhere, integrativere und besser definierte Recyclingziele aufstellen.

---

<sup>1</sup> CE Delft, "Resource productivity, competitiveness and environmental policies", Dezember 2009.

## 5. Spezielle Empfehlungen

### a) Internalisierung der Umwelteinflüsse durch

1) **Restriktivere EU-EHS-Obergrenzen, vollständige Versteigerung aller Emissionsrechte, internationale Kostenangleichung und ein Mindestgebot bei Versteigerungen.**

Die EU muss ihr Emissionsreduktionsziel von 20 % auf mindestens 30 % erhöhen. Jüngste Analysen haben ergeben, dass ein Festhalten am 20 %-Ziel eine CO<sub>2</sub>-Reduktion in der EU von lediglich 4 % im Vergleich zu einem Weitermachen wie bisher bedeuten würde<sup>1</sup>. Auch besteht die Gefahr, dass der EU-EHS-Preis aufgrund des Anhäufens von überschüssigen Emissionsrechten aus Phase II für Phase III und der Möglichkeit, 50 % der Reduktionen durch den CDM abzudecken, nahezu auf null fallen könnte. Restriktivere EU-EHS-Obergrenzen durch eine Erhöhung des Emissionsreduktionsziels auf 30 %, die ausnahmslose Versteigerung aller Emissionsrechte, eine Kostenangleichung auf internationaler Ebene und ein Mindestgebot bei Versteigerungen könnten dieses Risiko vermindern.

2) **Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer für die nicht vom EHS erfassten Sektoren (Bau, Verkehr u. a.)**

3) **Einführung einer Steuer für Finanztransaktionen**

4) **Einführung eines marktwirtschaftlichen Instruments für Artenvielfalt** (z.B. durch einen Mechanismus für grüne Entwicklung<sup>2</sup>). Dadurch würde der Artenvielfalt ein Wert beigemessen werden, indem man Artenschutzmaßnahmen belohnt und wirtschaftliche Tätigkeiten, welche die Artenvielfalt schädigen, bremst.

5) **Schrittweise Abschaffung umweltschädlicher Subventionen für den Verbrauch und die Erzeugung fossiler Brennstoffe sowie für die Landwirtschaft und den Verkehr**

### b) (Verbesserte) Rechtsvorschriften zu Energiesparmaßnahmen, Bodennutzung, Wiederverwertung und erneuerbarer Energiequellen durch die

1) **Annahme eines verpflichtenden Energiesparziels von 20 % im Jahr 2020.**

2) **schnellere Annahme einer Bodenrichtlinie.**

3) **Verbesserung der Recyclingziele und -definitionen.**

4) **Einführung einer Emissionsleistungsnorm für Kraftwerke.**

5) **Einführung eines Verbundplans für ein intelligentes EU-Energienetz.**

### c) Finanzierung

1) **Einführung von Subventionen für die Entwicklung innovativer und nachhaltiger Technologien und Unterstützung von Unternehmen und Personen beim Zugang zur Finanzierung von Energiesparmaßnahmen**

<sup>1</sup> CE Delft, „Why the EU could and should adopt higher greenhouse gas reduction targets“, März 2010.

<sup>2</sup> Netherlands, Environmental Assessment Agency, „A Green Development Mechanism, Biodiversity compensation on a global, regional and biome scale“, 2009.

In seiner Entschließung vom 11. März 2010 zu Investitionen in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen (SET-Plan)<sup>1</sup> hat das Parlament gefordert, jährlich mindestens 2 Milliarden Euro an EU-Haushaltsmitteln für die Entwicklung von Technologien mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen auszugeben.

**2) Klimaschutz als Priorität in der künftigen Reform des Haushaltsplans**

Die Umgestaltung des Haushaltsplans sollte von nicht nachhaltigen Subventionen in Richtung stärker zukunftsorientierter Investitionen in Bereiche wie Bildung, Forschung und Entwicklung, erneuerbare Energiequellen, nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken u. a. erfolgen.

**3) Knüpfung der EU-Strukturfonds an soziale und ökologische Bedingungen**

Alle Strukturfondsmaßnahmen, die sich unmittelbar auf Großprojekte auswirken, sollten einer Klimaverträglichkeitsstudie unterzogen werden. Ein höheres Maß an Kohärenz zwischen politischen Entscheidungen, Investitionen und der Verwendung einzelner Fonds sollte sichergestellt werden. So sollte der Globalisierungsfonds viel wirkungsvoller eingesetzt werden, um zu ermöglichen, dass Arbeitnehmer ihre Fertigkeiten an die Erfordernisse der Zeit anpassen und so einen Arbeitsplatz in den neuen, grünen Sektoren finden können.

**4) Sonderkonditionen der Europäischen Investitionsbank zur Finanzierung von Projekten mit einem hohen sozialen und ökologischen Wert**

Dank der Bürgschaften von Mitgliedstaaten und dank EU-Haushaltsmitteln kann die EIB Darlehen an den Finanzmärkten zu Sonderkonditionen aufnehmen. Eine EU-Agentur könnte Projekte von hoher Priorität benennen (z.B. Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz, Entwicklung öffentlicher Verkehrsmittel, intelligente Netze), die von diesen niedrigen Darlehenszinsen profitieren und so ihre Rentabilität erhöhen könnten.

**5) Ausgabe von grünen Anleihen der Kommission mit Bürgschaften der Mitgliedschaften zur Finanzierung grüner Investitionen**

d) Verankerung des Klimaschutzes in anderen Bereichen der EU-Politik

Das Mitglied der Kommission für Klimapolitik, Hedegård, hat es sich zum Ziel gesetzt, dafür zu sorgen, dass jeder Vorschlag der Kommission den wirtschaftlichen und ökologischen Vorgaben der EU entspricht. Es ist außerordentlich wichtig, dass der Klimaschutz in allen Bereichen der EU-Politik, vornehmlich in der Industrie- Handels- und Umweltpolitik verankert wird. Daher sollten Klimaverträglichkeitsstudien bei allen von der Kommission vorgeschlagenen Richtlinien durchgeführt werden.

---

<sup>1</sup> P7\_TA-PROV(2010)0064